



1. EINLEITUNG ZUR DEBATTE

2006 und 2007 fielen bei kantonalen Volksabstimmungen in Luzern, Schaffhausen, Thurgau, Zug und Zürich wichtige Entscheidungen zum Fremdsprachenunterricht: Die Bevölkerung sprach sich damals für zwei Fremdsprachen (Englisch und Französisch) und gegen nur eine Fremdsprache (Englisch) in der Primarschule aus. Es war unter anderem ein wichtiges Signal für die Harmonisierung des Fremdsprachenunterrichts in der Schweiz sowie zugunsten des nationalen Zusammenhalts und des Respekts für Sprache und Kultur der anderen Sprachregionen.

Seit 2011 kommen aus Deutschschweizer Kantonen Signale auf, die – mit unterschiedlichen Begründungen – in die gegengesetzte Richtung weisen und die in der Öffentlichkeit bereits als „Angriffe“ auf die Landessprachen bezeichnet wurden. Ein kurzer chronologischer Überblick: Die St. Galler Regierung will im Januar 2011 Italienisch als Schwerpunktfach abschaffen, aus Solidarität zur Italienischen Schweiz stimmt der Kantonsrat aber dagegen; im November 2011 beschliesst der Regierungsrat des Kantons Obwalden, Italienisch definitiv als Schwerpunktfach abzuschaffen; im Januar 2012 wird im Kanton Zürich ein Postulat eingereicht, wonach lernschwache Schüler vom Französischunterricht befreit werden; Juni 2012 empfehlen die Mittelstufenkonferenzen der Kantone Appenzell Innerrhoden, Glarus, Schwyz, St. Gallen, Thurgau und Zürich den Französischunterricht von der Primar- in die Oberstufe zu verlegen.

Diese Ereignisse werfen vielschichtige Fragen auf, die in Fachkreisen und der breiten Öffentlichkeit der ganzen Schweiz zu intensiven Debatten führen. Die im Dossier des Forum Helveticum aufgegriffenen Fragen (vgl. Umfrage Punkt 2) stützen sich auf vier Aspekte:

a. Vereinbarungen, Bestimmungen (vgl. auch Punkt 5). Mehrere Vereinbarungen oder Bestimmungen betreffen den Fremdsprachenunterricht in der Schweiz. Aus dem Jahr 2004 stammt das Strategiepapier zum Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), welches die erste und zweite Fremdsprache spätestens im 3. und 5. Schuljahr (resp. 5. und 7. Schuljahr, mit Einbezug der zwei obligatorischen Jahre Kindergarten) vorsieht: Der Text ist für alle Schweizer Kantone, die dem Harnos-Konkordat beigetreten sind verbindlich, für die anderen entspricht er einer Empfehlung. <> Aus dem Jahr 1995 stammt das Maturitätsanerkennungsreglement (MAR): Es schreibt vor, dass zwei Landessprachen – in der Deutschschweiz de facto Französisch und Italienisch – als Grundlagenfächer angeboten werden (Art. 9.7); mehrere Kantone tun dies nicht; der Bundesrat hat eine Untersuchung angeordnet, deren Ergebnisse auf Anfang 2013 erwartet werden. <> Der „Lehrplan 21“ – ein aktuelles Projekt, das einen gemeinsamen Lehrplan für die Volksschule in den Deutschschweizer Kantonen erarbeitet – stützt sich im Bereich der Fremdsprachen auf das Harnos-Konkordat; es sollte 2014 von den Kantonen auf freiwilliger Basis übernommen werden. Das Pendant in der Französischen Schweiz heisst „Plan d'études romand“.

Auf den ersten Blick scheint es aufgrund der bestehenden Abkommen schwierig, das in allen Sprachregionen teilweise bereits eingeführte System des Fremdsprachenunterrichts in der Primarschule 3/5 rückgängig zu machen. Dies mindert die problematischen Aspekte der oben zusammengefassten Ereignisse nicht: Lehrerschaften sind aus verschiedenen Gründen besorgt; Landessprachen haben in Teilen der Deutschschweiz offensichtlich einen niedrigen Stellenwert oder werden, im Falle des Italienischen, möglicherweise gesetzeswidrig behandelt.

b. Didaktisch-pädagogische Fragen, differenzierte Lösungen. Problemsituationen im Fremdsprachenunterricht müssen ernsthaft angegangen und gelöst werden. Sie sind teilweise fachspezifisch, wie z.B. im Falle von Kritiken an Frühfranzösisch-Lehrmitteln, oder aber Teil eines breiteren Problemfelds, wie bei Hinweisen auf die Überforderung von Lehrenden und Lernenden oder bei Überlegungen von Dispensationen vom Sprachenunterricht in besonderen Fällen (lernschwache Jugendliche). Auf jeden Fall sollen Problemfelder spezifisch und differenziert analysiert und wenn immer möglich koordiniert gelöst werden. Pauschale Aussagen und Lösungsansätze, welche die Position der Landessprachen im Fremdsprachenunterricht schwächen sind der Debatte nicht förderlich. Den unterschiedlichen Ausgangslagen und Begründungen bei den Vorstössen in der Deutschschweiz wird im Dossier in dreifacher Weise Rechnung getragen: Aussagen der Interviewpartner (Punkt 2), Texte der Vorstösse (Punkt 5) und Angaben in den Pressespiegeln (Punkt 6).

c. Sprachpolitische Fragen, nationaler Zusammenhalt. Bei den Vorstössen und Vorschlägen, die 2011 und 2012 in der Deutschschweiz „zuungunsten“ der Landessprachen eingereicht wurden, wurden sprachpolitische Fragen eher am Rande berücksichtigt. Auch aus Sicht des Forum Helveticum ist dies nicht unbedenklich, da es sich um offizielle, in unserem Lande gesprochene Sprachen handelt. Die Signalwirkung gegenüber den lateinischen Sprachregionen ist demnach ausgesprochen negativ, wie zahlreiche Reaktionen in Politik und Medien dokumentieren (vgl. Pressespiegel unter Punkt 6). Eine Zuspitzung der Situation könnte ein echtes Problem für den nationalen Zusammenhalt und einen Rückschritt in der gesamten Sprachenpolitik unseres Landes bedeuten.

d. Fokus auf die Deutschschweiz, Sprachenunterricht in der ganzen Schweiz. Das Dossier konzentriert sich hauptsächlich auf die Lage in der Deutschschweiz, aufgrund der erwähnten Ereignisse. Selbstverständlich gilt es, die Fragestellungen in einem gesamtschweizerischen Kontext zu betrachten.

Ziele des Dossiers. Das Dossier des Forum Helveticum verfolgt hauptsächlich zwei Ziele: 1. Innerhalb der komplexen skizzierten Situation eine kurze Standortbestimmung vornehmen und eine möglichst klare Übersicht schaffen; 2. Mit aller Deutlichkeit auf zwei in der Diskussion teilweise vergessene Komponenten hinweisen: die Tatsache, dass die Mehrsprachigkeit der Schweiz nicht (nur) ein Hindernis, sondern eine zu nutzende Chance ist und dass der Fremdsprachenunterricht (auch) der Förderung des nationalen Zusammenhalts und des schweizerischen Selbstverständnisses dient.